

SCHWARZGRÜNE BELIEBIGKEIT

GENERALDEBATTE ZUM LANDESHAUSHALT

Als ideenlos bezeichnete die Fraktionsvorsitzende Nancy Faeser den Entwurf der Landesregierung für den Haushalt 2020. In der traditionellen Generaldebatte zum Etat des Ministerpräsidenten sagte sie: „Wir müssen uns heute mit einem Sammelsurium von teuren Einzelwünschen der Koalitionspartner und der Kabinettsmitglieder auseinandersetzen. Wir reden über einen typischen Schönwetterhaushalt.“ Zwar habe der Finanzminister 2020 nach eigener Rechnung 1,1 Milliarden Euro mehr zur Verfügung als im Jahr davor, dennoch bediene er sich mit mehr als einer halben Milliarde aus den Rücklagen des Landes. „Und am Ende verdampft das ganze Geld ergebnislos in einem Haushalt, mit dem sich Schwarzgrün den Zusammenhalt der Regierung erkaufen will – aber gleichzeitig werden dafür große Teile der Zukunft unseres Landes verkauft“, kritisierte Faeser. Von politischen Bemühungen um oder gar Investitionen in gleichwertige Lebensverhältnisse und soziale Sicherheit sei nichts zu sehen. Stattdessen nehme die Landesregierung hin, dass die Spaltung zwischen Arm und Reich, zwischen

Stadt und Land fortbestehe und sich noch verschärfe.

Ein Beispiel dafür seien die öffentlichen Verkehrsmittel: „Auf dem Land fährt quasi kein Bus und im Ballungsraum ist in den Bussen und Bahnen kein Platz mehr“, sagte Faeser. Wenn die Landesregierung hieran wirklich etwas ändern

förderten Wohnungsbau“, so Nancy Faeser. Wer auf dem Land lebe, dürfe sich nicht abgehängt fühlen. „Neue Hochschulstandorte abseits der großen Städte bieten jungen Menschen Perspektiven vor Ort, weil es wohnortnah nicht nur Studienmöglichkeiten, sondern auch jede Menge Jobs bedeutet“, sagte Faeser.



Ein weiteres zentrales Anliegen der SPD sei nach wie vor die Stärkung der frühkindlichen Bildung. „Deshalb arbeiten wir weiterhin an einer vollständigen Gebührenabschaffung. Wir wollen in einem ersten Schritt die Gebühren für das letzte Krippenjahr abschaffen“, erklärte Nancy Faeser. Hohe

wohle, müsse sie dafür Geld in die Hand nehmen. Davon finde sich im Haushalt jedoch nichts.

Auch für die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in der Stadt und auf dem Land sehe Schwarzgrün keine Mittel vor, obwohl dies ein zentrales Anliegen der Landesregierung sein müsste. „Auf dem Land fehlen Ärzte, in den Städten Wohnungen. Deswegen brauchen wir mehr Medizinstudi- enplätze und mehr öffentlich ge-

Krippengebühren hielten Kinder aus ärmeren Familien von früher Bildung fern und verschlechterten ihre späteren Bildungschancen. Diesen Missstand zu beheben, ist ein wichtiger Beitrag zu sozialer Sicherheit, zu gesellschaftlicher Gerechtigkeit und zu gleichwertigen Lebensverhältnissen.“ Hessen brauche eine Politik, die sich um die wirklichen Probleme der Menschen kümmere und ihnen eine sichere und soziale Perspektive aufzeige.

SCHWARZGRÜN VERGIBT GESTALTUNGSCHANCEN

BERATUNG DER EINZELPLÄNE DES HAUSHALTS

Die Beratungen der Einzelpläne des hessischen Landeshaushalts 2020 zeichneten ein einheitliches Bild: Schwarzgrün investiert lieber in den Zusammenhalt der Regierung als in die Zukunft des Landes. Beginnend mit dem Einzelplan des Ministeriums des Inneren und für Sport erläuterte der parlamentarische Geschäftsführer Günter Rudolph das Versagen der Landesregierung: „Insbesondere der Mord an Dr. Walter Lübcke hat gezeigt, dass die hessischen Sicherheitsbehörden die rechte Gefahr nicht ernst genug genommen haben.“ Dass Schwarzgrün den SPD-Antrag zur Schaffung einer Landesstiftung für Demokratie, Aufklärung und politische Bildung ablehne, vervollständige das Bild.

Ebenso wenig problemorientiert verhalte sich die Koalition im Bereich der Bildungspolitik. „Was nützen die meisten Planstellen aller Zeiten, wenn sie nicht besetzt werden können, wenn Qualifizierung fehlt?“, fragte Christoph Degen. Bei Konzepten und Visionen sei Schwarzgrün blank und präsentiere eine Scheinwelt, die mit der Realität an den Schulen nicht viel zu tun habe. „Wir setzen auf die Qualifizierung von Lehrkräften, A13 auch für Grundschullehrkräfte und auf Investitionszuschüsse für Schulen und Schultäger“, wies der bildungspolitische Sprecher auf die SPD-Haushaltsanträge hin. Wichtig sei die Steigerung der Ausbildungskapazitäten an den Unis.

Einen weiteren großen Mangel, nämlich an Richtern und Staatsanwälten, stellte Gerald Kummer im Justizbereich fest. Dieser führe zu Verzögerungen und Fehlern und gefährde das Vertrauen in den Rechtsstaat. Außerdem bestehe ein Missverhältnis zwischen der Menge an Arbeit und der Zahl der Beschäftigten. Hier müssten dringend Stellen geschaffen und die Arbeitsbedingungen verbessert werden. Gleiches gelte für die Rechtspflege.

„Weniger unangebrachtes Eigenlob“, empfahl Torsten Warnecke der Landesregierung. Noch nie habe Hessen so viel negatives Eigenkapital gehabt, noch nie so viele unbesetzte Stellen im Landesdienst, noch nie einen geringeren Wert der Landesstraßen und noch nie sei so tief in kommunale Kassen gegriffen worden.

Düster zeichne sich auch das Bild der verpassten Mobilitätswende. „Es wäre schön, wenn die Landesregierung über die Mobilitätswende nicht nur sprechen, sondern sie Wirklichkeit werden lassen würde“, kritisierte Tobias Eckert. Es brauche deutlich mehr Investitionen in Radwege, Straßen und Schienen, mehr Ingenieursstellen bei Hessen Mobil, um die entsprechenden Projekte planen und steuern zu können, und mehr Einsatz für den ÖPNV im ländlichen Raum.

Ebenfalls mehr Engagement forderte Dr. Daniela Sommer für die Schaffung gleicher Bildungschancen. Dies fange bei der frühkindlichen Bildung an, die Schwarzgrün auch mit diesem Haushalt noch immer nicht vollständig von Gebühren befreien wolle.

Auch im Bereich Klimaschutz sehe es nicht besser aus, verdeutlichte Gernot Grumbach: „140 Einzelmaßnahmen zum Klimaschutz ergeben noch keine Strategie.“ Im Bereich der Lebensmittelkontrolle habe Schwarzgrün erst recht versagt, wie der Fall Wilke zeige. Die SPD habe ihre Anträge auf drei Handlungsfelder konzentriert: Wald, Wasser und Lebensmittelkontrolle.

Nicht weniger erschreckend sei die Lage bei der medizinischen Versorgung, erklärte Dr. Daniela Sommer. Um die gegenwärtige Versorgung zu halten, müssten mindestens doppelt so viele Fachärzte für Allgemeinmedizin ausgebildet werden. Die SPD setze deshalb auf die Schaffung weiterer Medizinstudienplätze, mehr Praxisanteile und eine verbesserte Verknüpfung von Theorie und Praxis.



LOTSE DURCH DAS BEHÖRDENDICKICHT

SPD-GESETZENTWURF

Mit ihrem Gesetzentwurf für einen Bürgerbeauftragten des Landes und den Landesbeauftragten für die hessische Polizei möchte die SPD-Fraktion den Bürgerinnen und Bürgern die Gelegenheit geben, sich an eine unabhängige Instanz zu wenden, falls es irgendwelche Probleme mit hessischen Behörden gibt. „Um behördliche Strukturen besser verstehen zu können, aber auch um transparente Entscheidungsprozesse zu gewährleisten, sollen sich Bürger an diese unabhängige Instanz wenden können“, erklärte Günter Rudolph dazu im Plenum. „Dadurch, dass diese Stelle direkt beim Hessischen Landtag angesiedelt und auch von ihm gewählt wird, hat er auch die notwendige Unabhängigkeit und die Befugnis gegenüber Behörden tätig zu werden.“ Darüber hinaus

solle der Bürgerbeauftragte aber auch gleichzeitig die Stelle des Landesbeauftragten für die hessische Polizei wahrnehmen. Die bisherige Konstruktion, dass man sich bei Problemen innerhalb der Polizei an eine Stelle im Innenministerium wenden konnte, sei nicht von Erfolg gekrönt. „Wir wollen eine unabhängige Stelle außerhalb bestehender hierarchischer Strukturen eines Ministeriums“, verdeutlichte der Parlamentarische Geschäftsführer Rudolph. Im Gegensatz zu CDU und Grünen, die in den letzten Jahren immer wieder versprochen hätten, eine unabhängige Instanz zu schaffen, sei der Gesetzentwurf der SPD klar strukturiert. Er zeichne sich insbesondere durch eine klare Abgrenzung zum Petitionsausschuss aus. In jährlichen Berichten, so der Gesetzentwurf, soll



der Bürgerbeauftragte über seine Arbeit informieren, aber auch darüber hinaus soll er jeder Zeit den Landtag von besonderen Vorkommnissen informieren können. „Wir wollen den Bürgern die Möglichkeit geben, sich an eine unabhängige Stelle wenden zu können. Hier ist dringender Handlungsbedarf“, unterstrich Rudolph.

ARBEITSVERWEIGERUNG DER REGIERUNG

WOLF IN HESSEN



Mindestens fünf Jahre könnte man beim Thema ‚Wolf‘ weiter sein, so die Meinung des forst- und jagdpolitischen Sprechers Heinz Lotz. „Mit ihrer Arbeitsverweigerung beim Thema ‚Wolf‘ hat es Umweltministerin Hinz geschafft, Unfrieden und Verunsicherung bei allen Beteiligten zu schüren – bei den Weidetierhaltern, bei den Naturschützern und bei den Jägern“, führte er aus. Diese Untätigkeit des Ministeriums schade außerdem dem Wolf. Der aktuelle Wolfsmanagement-

plan gehe völlig am Thema vorbei. Zudem sei anders als angekündigt keine einzige neue Erkenntnis in den vergangenen Jahren in den Plan eingeflossen. Umweltministerin Hinz habe den Wolf „verpennt“. Nun, wo der Kittel brenne, räche sich diese Untätigkeit, da sie nicht vorbereitet und nicht in der Lage sei, einen Kompromiss mit den Weidetierhaltern zu erarbeiten. Ein Wolfsmanagementplan, der diesen Namen auch verdiene, müsse alle Interessen berücksichtigen und schützen. „Nun erfahren wir schmerzhaft, dass es einen solchen Plan in Hessen nicht gibt“, schloss Heinz Lotz.

BREXIT



Die europapolitische Sprecherin Sabine Waschke warb in ihrer Rede dafür, die Freundschaft zu Großbritannien auch nach dem Brexit zu pflegen. Der Ausstieg Großbritanniens aus der Europäischen Union bedeute zwar eine Zäsur, dennoch sei diese Entscheidung zu respektieren. Die vielen Städte- und Gemeindepartnerschaften zwischen Hessen und Großbritannien könne außerdem auch der Brexit nicht beenden. Deshalb dürfe der Schwerpunkt künftig nicht nur auf guten wirtschaftlichen Beziehungen liegen, sondern müsse auch auf Freundschaft beruhen, warnte Waschke vor einer Reduzierung auf eigene Interessen.

13 EURO MINDESTLOHN FÜR HESSEN

Mit dem Gesetzentwurf zur Einführung eines hessischen Mindestlohns von 13 Euro hat die SPD-Fraktion einen ersten Schritt in Richtung faire Entlohnung gemacht. Die Initiative, einen tariflich geltenden Mindestlohn von 13 Euro pro Stunde für mittelbar und unmittelbar beim Land Beschäftigte einzuführen, ging von der Fraktions- und Landesvorsitzenden Nancy Faeser aus. „Auch für den Landesdienst muss der Grundsatz gelten: Wer Vollzeit arbeitet, muss von seinem Lohn le-



ben können und einen Rentenanspruch über der Grundsicherung haben“, erklärte der arbeitsmarktpolitische Sprecher Wolfgang Decker in der Plenardebatte. Er forderte den Landtag auf, diesen Schritt mitzugehen. Denn das Land könne in seinem Einflussbereich einiges dazu beitragen. Nun zeige sich, ob Schwarzgrün bereit sei, mehr soziale Verantwortung zu übernehmen. Decker verwies darauf, dass die Forderung der SPD die nachdrückliche Unterstützung der Gewerkschaftsseite finde.

SCHULGEDFREIHEIT FÜR HEILBERUFE

„Dass die Koalition in Hessen endlich Einsicht zeigt und unsere Forderung umsetzt, ist der gemeinsame Erfolg von allen, die mit uns hartnäckig für die Schulgeldfreiheit gekämpft haben“, freute sich Dr. Daniela Sommer in der Debatte zur Abschaffung des Schulgelds für die Heil- und Gesundheitsberufe. Erst im September des vergangenen Jahres hatten CDU und Grüne die Schulgeldfreiheit noch abgelehnt, umso überraschender die jetzige Kehrtwende der Landesregierung, so Sommer. Die gesundheits- und pflegepolitische Sprecherin erinnerte daran, dass die Azubis und



Schulen lange warten mussten: „Hessen hat die Verantwortlichkeit zu lange auf die Kassen und den Bund abgeschoben und wichtige Zukunftsaufgaben verschlafen. Jetzt wird ein zentraler Nachteil der Ausbildung der Heilmittel- bzw. Gesundheitsberufe endlich korrigiert.“ Darüber hinaus brauche Hessen eine Ausbildungsoffensive und ein Monitoring sowie insgesamt eine Anhebung von Kassensätzen und Behandlungszeiten, damit die wichtigen Therapien bei den Menschen, die sie dringend benötigen, auch bedarfsgerecht ankommen.

WEGGANG DER IAA BEDAUERLICH

In der Debatte über die Entscheidung des Verbandes der Deutschen Automobilunternehmen, die Internationale Automobilausstellung (IAA) aus Frankfurt an einen neuen Standort zu verlagern, brachte Tobias Eckert sein Bedauern zum Ausdruck. „Für uns ist nicht nachvollziehbar, dass der VDA offensichtlich mit einem neuen Standort dokumentieren will, dass man das Konzept der IAA ändern will – wo sich doch der VDA in den letzten Jahren wenig um eine Weiterentwicklung der Zukunft der Messe bemüht hat“, erklärte der verkehrspolitische Sprecher. Einen Zusammenhang mit den kritischen Äußerungen des Oberbürgermeisters Peter Feldmann sah Eckert nicht, zumal das vorgelegte Konzept für die Ausrichtung der Mobilitätsmesse überzeugend gewesen sei. „Wir sollten uns jetzt bemühen, die Gamescom als die größte Computerspielmesse nach Frankfurt zu holen“, sah Eckert eine neue Chance. Die Entscheidung des VDA sollte außerdem ein Weckruf für die Landesregierung sein, sich bei den Themen Automobilindustrie und Zukunft der Mobilität endlich stärker zu positionieren.



Impressum:

SPD-Fraktion
im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden

Redaktion:

Christoph Gehring (verantwortlich),
Isabel Neumann,
Gerfried Zluga,
Martina Häusl-David